

Gesellschaftlicher
Nutzen der
amtlichen Statistik

 **STATISTISCHE ÄMTER**
DES BUNDES UND DER LÄNDER

Mehr als 100 gute Gründe
für die amtliche Statistik

2005

Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik

Mehr als 100 gute Gründe für die amtliche Statistik

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2005

Veränderte Version der Originalfassung – mit freundlicher Genehmigung des
Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht.

"Statistik ist für mich das Informationsmittel der Mündigen.
Wer mit ihr umgehen kann, kann weniger leicht manipuliert werden.
Der Satz "Mit Statistik kann man alles beweisen" gilt nur für die Bequemen,
die keine Lust haben, genau hinzusehen."
Elisabeth Noelle-Neumann

Vorbemerkung:

„Was geschähe ohne amtliche Daten über ...?“

Wer hat nicht schon einmal eine abfällige Bemerkung über „die Statistik“ gehört! Lüge – Meineid – Statistik: Diese Steigerungsformen der Unredlichkeit müssen oft genug dafür herhalten, um zum Ausdruck zu bringen, dass die persönliche Erfahrung von der statistisch beschriebenen abweicht.

Wer aber hat schon einmal danach gefragt, wie unsere gesellschaftliche Wirklichkeit ohne „die Statistik“ aussähe? Vielleicht würden wir – zunächst – ruhiger leben, wüssten wir z.B. nichts über die Teuerungsrate bzw. den Verbraucherpreisindex oder über die Außenhandelsbilanz. „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß...“ Mit Sicherheit aber sind an diese Kenntnis politische und unternehmerische Entscheidungen geknüpft, die sich letztlich auch wieder auf den Einzelnen auswirken.

Das vorliegende Material soll einige von den Zusammenhängen aufdecken, über die die statistischen Sachverhalte auf das Funktionieren des Gemeinwesens wirken und damit letztlich auch das Zusammenleben der Menschen beeinflussen. Damit soll deutlich werden, dass der für statistische Erhebungen betriebene Aufwand nicht lästiger Ballast ist, sondern eine gute Investition für bewusstes, verantwortliches gesellschaftliches Handeln.

Denn was wären die Alternativen? Aufgaben könnten nicht mehr erfüllt werden, oder würden auf zunehmend spekulativen und nicht nachgeprüften Annahmen bzw. Schätzungen beruhen, oder die Daten müssten auf anderen Wegen beschafft werden, nicht immer billiger, und selten wohl von unbestrittener Qualität.

Das hier veröffentlichte Material ist von Kolleginnen und Kollegen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg erarbeitet und zusammengestellt worden. Für die freundliche Genehmigung, es als Gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verwenden und entsprechend anpassen zu dürfen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Wozu Bevölkerungsstatistiken?

Zu den Bevölkerungsstatistiken zählen sowohl Erhebungen der statistischen Landesämter wie beispielsweise der Mikrozensus (eine 1%-Stichprobe der Bevölkerung) als auch Statistiken, die die Daten der Landesämter, der Einwohnermeldeämter und anderer Quellen nutzen. Im vorliegenden Material ist auch die Wahlstatistik den Bevölkerungsstatistiken zugeordnet.

Was geschähe ohne amtliche Daten über den Bevölkerungsstand oder die Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur?

- Ohne allgemein akzeptierte Daten über die *Bevölkerungsstände* der verschiedenen regionalen Ebenen (Gemeinden, Länder, Bund, EU) wären die meisten finanziellen Ausgleichsmaßnahmen, z.B. der kommunale Finanzausgleich bzw. der *Länderfinanzausgleich*, kaum durchführbar. Fehlende objektive Bemessungsgrundlagen würden zu nicht gerechtfertigten Zuteilungen von Finanzmitteln führen.
- Ohne allgemein akzeptierte Bevölkerungsdaten gäbe es für *Wahlen wie Landtags- bzw. Bundestagswahlen* keine quantitative Basis für die räumliche Abgrenzung der *Wahlkreise*. Damit wäre die vom Gesetzgeber geforderte Repräsentativität der Wahlentscheidungen gefährdet.
- Ohne allgemein akzeptierte Daten über die *Altersstruktur der Bevölkerung* gäbe es keine verlässlichen Informationen über den Bedarf an Kinderbetreuungs- und Schulinrichtungen. Einer vorausschauenden, bedarfsorientierten Planung für *Bildungsinvestitionen* wäre die unabdingbare Grundlage entzogen.
- Ohne gesicherte Daten über die *Altersstruktur* der Bevölkerung und der Erwerbstätigen könnten künftige *Rentenansprüche* und erforderliche Beitragsleistungen fehlerhaft berechnet werden. Im *Versicherungsbereich* würden statistische Grundlagen zur Berechnung von Risiken fehlen, die Gegenstand von Versicherungsgeschäften, wie z.B. Lebensversicherungen, sind.
- Ohne flächendeckende Bevölkerungsdaten gäbe es keine empirische Basis für die räumliche Abgrenzung von Interessens- und Vertretungsgebieten der am Wirtschaftsleben Beteiligten. *Erfolgskontrollen* zum politischen und ökonomischen Handeln wären angreifbar oder unmöglich. So würde beispielsweise die Gründung von personennahen *Dienstleistungsunternehmen* ohne Kenntnis der demografischen Nachfragepotenziale auf brüchigem Fundament erfolgen. Am Konsum orientierte *Marktpotenziale* ließen sich nur schwer abschätzen, so dass *Marketingkonzepte* oder Werbeaktionen ins Leere laufen könnten.

- Ohne sichere Daten über die *Geschlechts-* und *Altersstruktur* der Bevölkerung wären die Ergebnisse amtlicher Stichproben und demoskopischer Umfragen wegen mangelhafter Hochrechnungsfaktoren wenig vertrauenswürdig. Darauf aufbauende *Planungen* könnten in hohem Maße korrekturbedürftig sein.
- Ohne sichere Daten aus der laufenden Bevölkerungsstatistik über die Struktur der Gesamtbevölkerung müssten kostengünstigere *amtliche Stichproben* (z.B. Mikrozensus) häufiger durch teure *Volkszählungen* ersetzt werden. Die sehr hohen Kosten müssten nicht nur vom Bund und den Ländern, sondern vor allem durch die Kommunen gedeckt werden.
- Ohne Kenntnisse über die Struktur der Gesamtbevölkerung wären *Bevölkerungsvorausberechnungen* und auf diesen aufbauende *Bedarfsprognosen* nicht möglich. *Prognosen* und *Vorausberechnungen* – möglicherweise interessengebundener Einrichtungen – könnten nicht an empirisch fundierten und datengestützten Ergebnissen gemessen und bewertet werden.
- Ohne den *Mikrozensus* hätte die Politik keine umfassende Datenquelle über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und der Haushalte, den Arbeitsmarkt, die berufliche Gliederung und die Ausbildung der Erwerbsbevölkerung sowie die Wohnverhältnisse. Fundierte und verlässliche Informationen für politische Entscheidungsprozesse würden fehlen.
- Ohne den Mikrozensus könnte die *Erwerbsbeteiligung* der Bevölkerung (Erwerbstätige, Erwerbslose, Nichterwerbspersonen) zahlenmäßig nicht erfasst werden. *Beschäftigungspolitische Maßnahmen*, wie z.B. *Berufsberatung*, gezielte Unterstützung einzelner Wirtschaftsbereiche und Regionen, Förderung der *Erwerbstätigkeit von Frauen*, hätten keine ausreichende Informationsgrundlage.
- Ohne *Mikrozensusdaten* würde neben der *Gehalts- und Lohnstrukturerhebung* und der *Preisstatistik* die dritte der wesentlichen Grundlagen für *Tarifverhandlungen* fehlen. Überhöhte oder zu niedrige *Tarifabschlüsse* mit allen volkswirtschaftlichen, betrieblichen und individuellen Konsequenzen wären die Folge.
- Ohne Mikrozensusdaten wäre eine an zuverlässigen Daten orientierte *Familienpolitik* nicht denkbar. Die Situation der Familien mit Kindern ließe sich nicht fortlaufend darstellen. Zukunftsorientierte Familienpolitik im Sinne der Sicherung unserer Kultur und unseres *Sozialsystems* würde sich im spekulativen Argumentationsfeld bewegen.
- Ohne Mikrozensusdaten könnten viele *Vorausberechnungen*, *Projektionen* und Szenarien nicht oder nur mangelhaft durchgeführt werden. Der Politik könnten die Auswirkungen von Alternativen nicht anhand harter Daten aufgezeigt werden.
- Ohne Daten der EU-Arbeitskräfteerhebung, die in allen EU-Staaten als Stichprobe durchgeführt wird (in Deutschland zusammen mit dem Mikrozensus), fehlten für

arbeitsmarkt- und *regionalpolitische Initiativen* der *Europäischen Union* die wichtigsten Entscheidungsgrundlagen. Der Erfolg der Mittelverteilung, zum Beispiel aus den *EU-Sozialfonds* oder den *EU-Regionalfonds*, zur Unterstützung strukturschwacher oder belasteter Gebiete wäre nicht überprüfbar.

Was geschähe ohne amtliche Daten über Eheschließungen, Ehescheidungen, Geburten und Sterbefälle (natürliche Bevölkerungsbewegung)?

- Ohne Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung wären der Wandel des *generativen Verhaltens* schwer darstellbar und dessen Folgen kaum abzuschätzen. *Familienpolitisch* erforderliche Maßnahmen könnten nicht rechtzeitig auf den Weg gebracht werden.
- Ohne die Geburtenstatistik wäre der Bedarf an *Geburtshilfeeinrichtungen* der *Krankenhäuser* und an *Geburtshelfern* nur kurzfristig planbar oder voraussehbar. Zu spät erkannte Infrastrukturdefizite ließen sich nicht in der erforderlichen Zeit beheben.
- Ohne Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung wäre der *Finanzbedarf* für *familienpolitische Leistungen* (u.a. *Erziehungsgeld, Kindergeld*) kaum planbar und ließe sich politisch nur schwer durchsetzen. Denn wenn schon gesicherte und angemessene Daten argumentativ nur langsam wirken, würden fehlende oder fragwürdige Daten sogar noch zu weiteren Verzögerungen führen.
- Ohne die Geburtenstatistik wäre der kommende Bedarf an *Kinderbetreuungseinrichtungen* und -plätzen sowie an Schulen kaum zu schätzen; *Fehlinvestitionen* wären die Folge.
- Ohne Angaben über *Körpergröße* und *Körpergewicht* bei der Geburt fehlen grundlegende Informationen, u.a. für Untersuchungen zur Säuglingssterblichkeit und über *Risikogeburten*.
- Ohne Kenntnisse über *Alters-* und *Geschlechterverteilung* von Lebenden und Gestorbenen könnten versicherungsmathematische Grundlagen, wie z.B. die Berechnung von *Lebenserwartungen* nicht erstellt werden. Falsche Risikoeinschätzungen und -bewertungen mit Verlusten für Versicherungen und Versicherte wären eine mögliche Folge.
- Ohne Kenntnisse über die *Lebenserwartung* von Männern und Frauen würde *Rechtsgeschäften* und *Rechtsstreitigkeiten* bezüglich Renten und Geschäften auf der Basis von *Renten* eine wesentliche objektive Datenbasis fehlen; es käme zu Zufalls- oder Fehlentscheidungen.
- Ohne Feststellung der *Todesursachen* würden der Bekämpfung vermeidbarer Todesursachen (z.B. *Alkoholmissbrauch*) überzeugende Argumente fehlen; mittelfristige *Erfolgskontrollen* vorbeugender und *erzieherischer Maßnahmen* wären nicht möglich.

- Ohne genaue Kenntnis von Todesursachen hätte eine umfassende *epidemiologische Forschung* keine Datenbasis. Angesichts einer nur unvollständigen Informationsgrundlage über die Verbreitung von Krankheitszuständen in der Bevölkerung gäbe es letztlich keine Datenbasis für epidemiologische Krankheitsursachenforschung.

Was geschähe ohne amtliche Daten über die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung (räumliche Bevölkerungsbewegung)?

- Ohne Kenntnis der *Wanderungsströme* innerhalb Deutschlands, der Bundesländer oder sonstiger Raumeinheiten wäre der *Regionalplanung* eine der wichtigsten Datenquellen entzogen. *Fehlplanungen*, wie unnötige oder mangelhafte Ausweisung von *Bauland* oder Über- und Unterkapazitäten bei *Infrastruktureinrichtungen*, wären die Folge.
- Ohne Wanderungsstatistik könnte der Bevölkerungsbestand – in beliebigen Regional-einheiten – nicht fortgeschrieben werden. Für Vertretergebiete und sonstige nicht-administrative Raumeinheiten würde zur Ermittlung von Entwicklungsniveaus und Trends die wichtigste Vergleichsgröße fehlen, vergleichende Übersichten wären kaum möglich.

Was geschähe ohne die amtlichen Daten der repräsentativen Wahlstatistik?

- Ohne die repräsentative *Wahlstatistik* mit ihren Informationen zur *Wahlbeteiligung* und zur *Stimmabgabe* nach Alter und Geschlecht wären keine gesicherten Aussagen über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen der einzelnen Bevölkerungsgruppen möglich.
- Ohne die repräsentative *Wahlstatistik* würden der Öffentlichkeit und Politik sowie den Meinungsforschungsinstituten und Medien wesentliche Hintergrundinformationen zu Wahlergebnissen fehlen. Die repräsentative *Wahlstatistik* spiegelt – anders als die Wahlanalysen der Forschungsinstitute – nicht das erfragte, sondern das tatsächliche Wahlverhalten wider. Die Zahlenbasis der repräsentativen *Wahlstatistik* ist wesentlich breiter als bei Umfragen der Sozialforschungsinstitute, die sich in der Regel nur auf wenige tausend Personen stützen. Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass diese Erhebung seit vielen Jahren existiert und demnach langfristig Basisinformationen liefert.
- Ohne die repräsentative Wahlstatistik würde den *Meinungsforschungsinstituten* eine wesentliche Datengrundlage zur Entwicklung und Überprüfung der eigenen *Prognosemodelle* und Berechnungen fehlen.